

# „Der Mittelstand hat uns durch die Krise geführt“

**PLAN:** Fachkräfte und neue Unternehmer werden Mangelware – deshalb will die neue Mittelstandsbeauftragte, Iris Gleicke, das Potenzial von Frauen noch stärker nutzen

VON MONIKA WESSELING

Die SPD-Bundestagsabgeordnete war Gastrednerin bei der Frühjahrstagung der „Unternehmerfrauen im Mittelstand“, einer Arbeitsgruppe, die die CDU-Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött vor 15 Jahren ins Leben gerufen hat. Themenschwerpunkte waren diesmal Nachwuchsförderung, Fachkräftesicherung und der demografische Wandel.

Gleicke will die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter verbessern. „Der Mittelstand muss stark bleiben. Er hat uns gut durch die Krise geführt.“ Die besondere Stärke der mittelständischen Unternehmen sieht die parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium nicht nur in ihrem hohen Beitrag zu Wertschöpfung und Beschäftigung, sondern auch in der weitreichenden Wahrnehmung von Verantwortung vor Ort. „Mittelständische Unternehmen sind verwurzelt in ihren Regionen, sie kümmern sich um die Belange ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Region.“ Die neue Mittelstands-

beauftragte will in der neuen Legislaturperiode unter anderem die Gründungsdynamik stärken und noch mehr Menschen für die Selbstständigkeit begeistern. Mittelstandspolitisch will die SPD-Politikerin aus Thüringen Kurs halten. „Es geht nicht immer nur um Veränderungen. Wir haben gute Programme, von denen sich einige über Jahre bewährt haben. Diese werden, wo nötig, um neue Initiativen beispielsweise im Bereich der Start-up-Förderung ergänzt.“ Neue Impulse will Iris Gleicke im Rahmen einer Initiative „neue Gründerzeit“ setzen. Als dringend betrachtet sie dabei die Aufgabe, auch den Handwerksbetrieben Zugang zu Innovationsprogrammen zu erschließen. Das gelte auch im internationalen Kontext. „Handwerk und Mittelstand kann man nur zusammen betrachten.“

Beim Thema Fachkräftemangel verwies die Mittelstandsbeauftragte auf das Potenzial der Berufseinsteigerinnen, das noch nicht annähernd erschlossen sei. Sie sieht die bestausgebildete Frauengeneration seit Bestehen der Bundesrepublik an den

Start gehen. „Wir können froh sein, diese gut ausgebildete Frauengeneration zu haben, die ein großes Potenzial darstellt und mir streckenweise noch stark unterrepräsentiert scheint. Im Handwerk erfolgt bereits heute jede vierte Existenzgründung durch eine Frau. Wir sind da auf einem sehr guten Weg und die Entwicklung der letzten Jahre lässt hier noch deutlich mehr erwarten.“

Um die Gründungspotenziale von Frauen zu erschließen, will sie die Chancen der Selbstständigkeit im Handwerk sichtbar machen – sowohl in den Dienstleistungsbereichen als auch in den technischen Gewerken. Es gehe darum, etablierte Rollenbilder aufzubrechen. Auch in den Schulen könnte schon viel früher an der Idee einer späteren Selbstständigkeit gearbeitet werden, vor der viele Mädchen noch zurückschrecken. Vor allem jedoch wirken Ermutigung und Präsentation von Vorbildern und Beispielen erfolgreicher Gründerinnen. Gleicke: „Ich würde den Frauen gerne sagen: ‚Ihr könnt es auch! Wir brauchen euch ganz dringend.‘“

# „Rente mit 63 Jahren ist das falsche Signal“

**KRITIK:** CDU-Mittelstandspolitiker Linnemann befürchtet eine Frühverrentungswelle dringend benötigter Fachkräfte

Handwerk und Mittelstand sollen wieder mit einer starken Stimme im Parlament vertreten sein. Dort sei in einer Zeit, in der zum Beispiel über die Rente mit 63 debattiert werde, wirtschaftspolitischer Sachverstand wichtiger denn je, erklärte jetzt der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann am Rande der Frühjahrstagung der „Unternehmerfrauen im Mittelstand“ gegenüber dem Deutschen Handwerksblatt.

„Die Rente mit 63 birgt die Gefahr einer neuen Frühverrentungswelle und trägt dazu bei, dass gute und gesunde Fachkräfte frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, obwohl sie dringend gebraucht werden“, betonte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Sie sei in einer Gesellschaft, die immer älter werde und dabei immer fitter bleibe, schlichtweg das falsche Signal. Wichtiger sei es doch, eine gegenteilige Entwicklung einzuleiten. „Ich werde immer wieder von Menschen angesprochen, die über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten wollen. Derzeit legt ihnen der Staat massiv Steine in den Weg. Die müssen jetzt weggeräumt werden“, fordert der CDU-Politiker. Das faktische Verbot befristeter Verträge, das für diese Zielgruppe gelte, will er aufheben. Zudem plädiert er dafür, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in diesem Bereich von den Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung zu befreien.

**„Der deutsche Meisterbrief ist als Gegensatz zur akademischen Leiter und zur Erhaltung der Qualität in den Betrieben unverzichtbar“**

CARSTEN LINNEMANN, VORSITZENDER DER MIT

Beim Thema Mindestlohn betonte Linnemann, dass die geplante Altersgrenze von 18 Jahren viel zu niedrig sei. Damit würden möglicherweise Anreize geschaffen, lieber jobben zu gehen und einen Stundenlohn von 8,50 Euro zu kassieren, als eine deutlich geringer bezahlte Ausbildung zu beginnen. „Rund sieben Prozent eines Jahrgangs verlassen ohne Abschluss die Schule, circa zehn bis zwanzig Prozent sind nicht ausbildungsreif. Gerade diese jungen Menschen sind gefährdet. Sie brauchen qualifizierte Unterstützung, die ihnen eine Zukunftsperspektive bietet, aber keinen Mindestlohn, der am Ende in die Sackgasse zu führen droht“, stellt Linnemann klar. Er selbst empfiehlt einen Blick in Richtung Niederlande. Dort liege das Einstiegsalter in den vollen Mindestlohn bei 23 Jahren.



Carsten Linnemann

Der Mittelstandspolitiker will auch den Abbau der kalten Progression auf die politische Agenda setzen: „Der Staat greift in die Taschen der Bürger und bereichert sich an Geld, das ihm nicht gehört.“ Allein in dieser Legislaturperiode belaufe sich dieser Betrag auf nahezu 20 Milliarden Euro.

Auch in Sachen Bürokratieabbau sieht der promovierte Volkswirt Handlungsbedarf. Die bisherigen Schritte der Bundesregierung seien nur wenig spürbar. Diesen Eindruck habe er auch in Gesprächen mit Mittelständlern in seinem Wahlkreis gewonnen. Daher sei derzeit eine Veranstaltung in Planung, bei der Sachverständige, darunter Experten des Statistischen Bundesamtes wie auch des Normenkontrollrates, mit betroffenen Mittelständlern ins Gespräch kommen können. Dabei soll eine Liste von Regelungen abgearbeitet werden, die von den Unternehmern als bürokratische Hemmnisse empfunden werden. Linnemann erhofft sich von dieser Veranstaltung, deren Ergebnisse ein Jahr später im gleichen Rahmen überprüft werden sollen, mehr Schwung für den Bürokratieabbau.

Als gute Nachricht bezeichnete es Linnemann, dass der deutsche Meisterbrief außer Gefahr sei. „Die EU hat offenbar den Wert des Meisterbriefs erkannt und von ihrer Empfehlung zur Abschaffung Abstand genommen“, zeigte er sich erfreut. Die Bemühungen der letzten Wochen und Monate wie auch das eindeutige Bekenntnis der Großen Koalition zum Meisterbrief hätten also Früchte getragen. Aber gleichzeitig blitzte auch etwas Skepsis durch: „Trotz dieser positiven Entwicklung dürfen wir uns jetzt nicht bequem zurücklehnen, sondern müssen Brüssel wachsam im Auge behalten.“ Der deutsche Meisterbrief sei als Gegengewicht zur akademischen Leiter und zur Erhaltung der Qualität in den Betrieben unverzichtbar.

## MITTELSTÄNDLERINNEN

Seit 1999 lädt die CDU-Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött zweimal im Jahr zu der Tagung „Unternehmerfrauen im Mittelstand“ ein. Zum jüngsten Treffen der mittelständischen Chefinnen Ende März in Berlin kamen um die fünfzig Teilnehmerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet.



Die neue Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, will die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern